

Ulrich Schachtschneider

Ökologisches Grundeinkommen für sozial-ökologische Transformation: Vom Haben-Müssen zum Sein-Können

Das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) wird im aktuellen Diskurs hauptsächlich als Automatisierungsdividende, Armutsverhinderung, Umverteilung nach unten, Entbürokratisierung, Kreativitätsförderung sowie als demokratiefördernde Teilhabegarantie propagiert. Diese Qualitäten sind zweifelsohne wichtige Argumente. Es fehlt jedoch in der bisherigen Debatte weitgehend die ökologische Frage und eine Erörterung der Wirkung eines BGE für eine sozial-ökologische Transformation.

Dabei kann ein Grundeinkommen einen Prozess in Gang setzen, bei dem das gesellschaftlich nach wie vor dominante Paradigma des Produktivismus zurückgedrängt wird. Produktivismus meint in diesem Zusammenhang Produzieren als Selbstzweck: Um möglichst viel Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen, wird Wirtschaftswachstum begrüßt, erhofft und gefördert.

Mehr Sein-Können in der (Erwerbs-)Arbeit

Wie viele längst als ökologisch schädlich, sozial zweifelhaft oder die individuelle Entfaltung behindernd erkannte Produktionen oder Dienstleistungen werden heute nolens volens akzeptiert, wenn nicht sogar gefördert, weil daran in der kapitaldominierten Ökonomie elementar die ökonomische persönliche Existenz gekoppelt ist? Mit einem BGE im Rücken kann jede(r) zu zweifelhaften Arbeitsangeboten eher „Nein“ sagen.

Ökonomische Aktivitäten, die heute *ausschließlich* zu existenzsichernden Erwerbszwecken vorgenommen werden, werden sich mit der höheren ökonomischen Basis-Sicherheit durch Grundeinkommen als unattraktiver darstellen. Die Menschen werden dann tendenziell nur noch an denjenigen ökonomischen Tätigkeiten teilnehmen (wollen), die aus ihrer Sicht Sinn machen – in ökologischer, sozialer und selbstverwirklichender Hinsicht. Sie werden weniger, aber authentischer: Was auch immer übrig bleibt (oder auch neu entsteht) an Erwerbsaktivitäten: Sie werden eher dem Denken und Fühlen der Menschen entsprechen.

Das BGE erlaubte uns, unseren individuellen Mix aus Erwerbsarbeit, Bürger*innenarbeit und Subsistenz in einer pluralen (Erwerbs-)arbeitsgesellschaft der „Vielen“ zu wählen. Ich kann als Spezialist*in erfüllt

zwanzig Stunden in der Industrie arbeiten und ergänzend zehn Stunden subsistent und gemeinschaftlich tätig sein. Ich kann aber auch fünf Stunden die Woche irgendwo gegen Geld erwerbstätig sein und 30 Stunden in Gemeinschaft oder selber produzieren. Beides passt zum Ziel einer Postwachstumsökonomie. Es wäre eine, die mit der Pluralität der Lebensstile kompatibel ist, mehr noch: die diese Pluralität stärker ermöglicht.

Weniger Haben-Müssen

Das Passstück zum Produktivismus ist der Konsumismus. Der Versuch, das begrenzte Leben auf Erden mit einem Maximum an Konsum und an Events zu füllen, die „Verheißung der Beschleunigung“ (Hartmut Rosa), ist zwar in den letzten Jahren in die Kritik geraten. Der Wunsch nach Entschleunigung taucht nicht nur mit Blick auf die eigene Lebensqualität auf, auch in der ökologischen Debatte wird seit langem ein ressourcenleichter Lebensstil des Weniger propagiert. Doch offensichtlich übersetzt sich dieser seit 20 Jahren von vielen zivilgesellschaftlichen und auch staatlichen Institutionen (etwa: Umweltbundesamt) betriebene Appell jenseits kleiner avantgardistischer Gruppen nicht nennenswert in die Alltagspraxen.

Ein BGE mit seiner ökonomischen Basissicherheit kann das ändern: Es vergrößert den Raum für das Ausprobieren anderer Lebensstile und eröffnet allen, aus der Tretmühle „Erwerbsarbeit-Konsum-Erwerbsarbeit“ zunächst auf Probe auszusteigen. Die Fallhöhe beim Scheitern oder Nicht-Gefallen wäre nicht so groß wie heute, wo die Aufgabe eines Jobs den Anfang eines langen sozialen Abstiegs bedeuten kann. Neue Lebensstile des „Weniger“, des „Zeitwohlstands“ und des „Gemeinsam“ hätten eine Chance, auch jenseits von randständigen Milieus bzw. Avantgarden mit höherem Problembewusstsein, Selbstwirksamkeitserwartungen und Risikoakzeptanzen ausprobiert und geschätzt zu werden.

Der Sozialpsychologe Erich Fromm, ein früher Verfechter des Grundeinkommens, schrieb: „Eine Psychologie des Mangels erzeugt Angst, Neid und Egoismus, [...]“. Ein sicheres Grundeinkommen schafft die sozialpsychologischen Voraussetzungen für ein Gefühl der Fülle und damit für eine dekonsumistische Einstellung. Erst jenseits dieser Ängste des Zurückbleibens bzw. des Abgehängt-Werdens könnten Sinnfragen nicht mehr mit einer Steigerung des Konsums von Gegenständen, Urlauben, Beziehungen etc. beantwortet werden.

Zeitwohlstand in der Erwerbsarbeit ökonomisch ermöglichen

Wenn Grundeinkommen den Weg vom „Haben“ zum „Sein“ (Fromm) fördern soll, darf seine Finanzierung diesen kulturellen Wandel nicht gleichzeitig erschweren – bestenfalls sollte sie ihn stützen. Damit in der Erwerbsarbeit, die ja einen wesentlichen Teil unseres Austauschs mit der sozialen und dinglichen Welt ausmacht, mehr "Seins-Orientierung" möglich wird, dürfen die monetären Signale in der bezahlten Arbeitswelt diesem Ziel nicht zuwiderlaufen. Langsamkeit muss auch in der marktförmig organisierten Wirtschaft möglich sein, ohne sich damit existenzgefährdende ökonomische Nachteile einzuhandeln.

Damit zeitaufwendige Sorge für Menschen und Gegenstände, die partizipative Entwicklung und Gestaltung von Produkt und Produktion, sowie ein persönlicher Entwicklungsprozess im Rahmen einer Tätigkeit mit hohem Qualitätsanspruch nicht durch die wettbewerbsbedingte Zeitknappheit in der Erwerbsarbeitswelt erschwert wird, ist es nötig, das Verhältnis von Steuern auf Arbeits(zeit)einsatz und Steuern auf Ressourcenverwendung zu verändern. Diejenigen Unternehmen, die auf diese „Seins“-Orientierungen Wert legen, werden höhere Arbeitskosten haben. Um ökonomisch gegen die Schnellen bestehen zu können, dürfen diese Mehr-Arbeitskosten allerdings weniger ins Gewicht fallen als die Einsparung an Ressourcenkosten, die sie durch ihre zeitaufwendige Gründlichkeit erreichen. Die energetisch gut überlegte und mit Muße ausgeführte Renovierung eines Gebäudes etwa wird dann ökonomisch attraktiver als ein schneller „Pfuscher“ oder gar ein Neubau, die Bahnfahrt zum beruflichen Termin wird günstiger als die Flugreise und ein täglicher Besuch mit einem persönlichen Gespräch im Rahmen sorgender Pflege fällt kostenmäßig weniger ins Gewicht als der Kauf eines automatischen Medikamenten-Dosiergerätes mit Fernüberwachung und computergeneriertem „Dialog“.

Das Grundeinkommen sollte daher weniger aus Steuern auf Arbeit finanziert werden, sondern zum größeren Teil aus Abgaben auf den Verbrauch von knappen Umweltressourcen. Ein solches „Ökologisches Grundeinkommen“ ist nicht nur eine gute Kombination von Ressourcenpreisen, die die „ökologische Wahrheit“ sagen mit sozialer Sicherheit, sondern macht die Option auf Langsamkeit, Partizipation und Qualität auch in der Sphäre der Erwerbsarbeit konkurrenzfähiger.

Wie kann ein BGE finanziert werden?

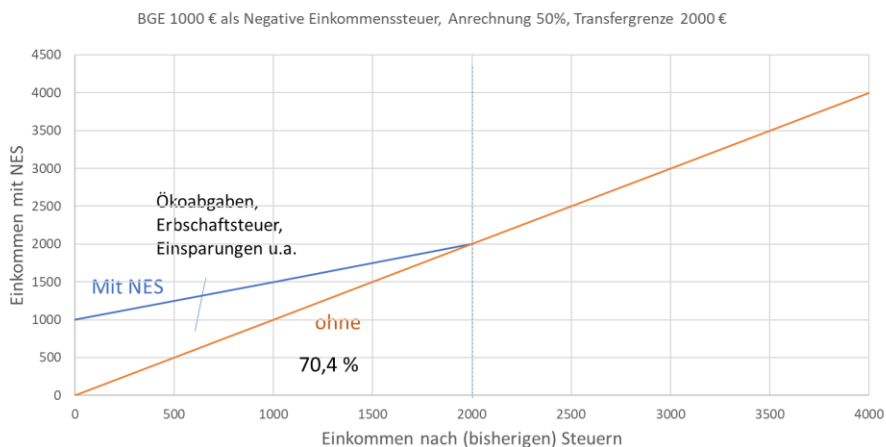
Öko-Grundeinkommen als Negative Einkommenssteuer mit Transfergrenze

| | | | | |
|--|--|------|-----------|----------|
| Grundeinkommen | 19,3 Mio | < 25 | 400 €/M. | 93 Mrd. |
| Grundeinkommen | 61,4 Mio | 25+ | 1000 €/M. | 736 Mrd. |
| Grundeinkommen | Finanzierungsbedarf als „Sozialdividende“ | | | 829 Mrd. |
| | Finanzierungsbedarf als „Negative „Einkommenssteuer“ (geschätzt 50%) | | | 415 Mrd. |
| Einsparungen: Wegfallende Sozialleistungen | Grundsicherung BAföG, Kindergeld etc | | | -99 Mrd. |
| | Rentenzuschuss aus Bundeshaushalt | | | -77 Mrd. |
| verbleiben | | | | 239 Mrd. |
| | davon Öko-Abgaben | | | 200 Mrd. |
| | davon Erbschaftssteuer | | | 39 Mrd. |

Wird es komplett ausgezahlt (zB 1000 € für alle über 25 Jahren, 400 € unter 25) als „Sozialdividende“ werden 829 Mrd. benötigt. Das ist eine gigantisch hohe Summe, und viele winken an dieser Stelle ab: Unfinanzierbar. Zu beachten ist aber, dass bei einer Voll-Auszahlung als „Sozialdividende“ viele linke Tasche-rechte Tasche Vorgänge enthalten sind. Jemand zahlt 1000 € Steuern mehr und bekommt ein BGE von 1000 €. Oder jemand zahlt 400 € Steuern, bekommt diese zurück und 600 € dazu zum BGE von 1000 €. Werden diese Linke Tasche-rechte Tasche –Vorgänge automatisch verrechnet, sind wir beim Prinzip der „negativen Einkommenssteuer“ (NES). Nach Schätzungen sinkt der effektive, vom Staat aufzubringende Mehrbetrag dadurch um etwa die Hälfte. Von diesen 415 Mrd. können 99

Mrd. an Sozialleistungen abgezogen werden, die durch ein BGE nun gedeckt werden wie Grundsicherung, Bafög, Kindergeld etc. (Zahlen von 2017). Ebenso nicht mehr nötig ist ein Rentenzuschuss aus dem Bundeshaushalt. Die verbliebenen 239 Mrd. sollten wesentlich durch Öko-Abgaben getragen werden. Hier gibt es aber Spielraum. Reichen sie nicht aus, können Sie ergänzt werden: Durch Erbschaftsteuer, eine Anhebung der Steuerprogression im oberen Bereich („Reichensteuer“) oder eine Vermögensabgabe.

Grundeinkommen als Negative Einkommenssteuer (NES) mit Transfergrenze



Die negative Einkommenssteuer bzw. das BGE wird bis zu einer Transfergrenze vom Finanzamt gezahlt. Hier im Beispiel werden 50% des Einkommens nach (jetziger) Steuer angerechnet.

Bsp: Verdienst nach Steuer: 1500 €, Anrechnung 750 €, NES= 250 €.

Bsp: Verdienst nach Steuer: 0 €, Anrechnung 0 €, NES =1000 €

Bsp: Verdienst nach Steuer: 2000 €, Anrechnung 1000 €, NES = 0 €, Transfergrenze

Wird dieser Satz (50% Anrechnung) gewählt, stehen sich die ärmeren 70 % nach der Einführung des BGE besser. Bei anderen Sätzen verändert sich dieser Anteil entsprechend.

Ökologisches Grundeinkommen/ Öko-Bonus: Ein Einstieg ist möglich

- Schweiz:
Lenkungsabgabe (ab 2007):
Auszahlung eines Öko-Bonus von 87 SF/Person (2020)
- Einnahmen aus revitalisiertem Emissionshandel:
Ziel: 200 €/t CO₂, alle Branchen, 40% Reduktion:
Europa: 500 Mrd./Jahr
Deutschland: ca. 20%: 100 Mrd./Jahr.
200 €/t: +4 Ct/kWh Erdgas, +60 Ct/ Liter Benzin
- Transition Income
3 Jahre im Leben Recht auf Grundeinkommen
Einstieg (=großes Pilotprojekt)
max 20 % gleichzeitig, 20% der Kosten

Ein klitzekleines Öko-Grundeinkommen gibt es schon in der Schweiz, mit Namen „Lenkungsabgabe“.

Doch es könnte bei anspruchsvoller Bepreisung problematischen Umweltverbrauchs sehr viel größer sein. Hier wird abgeschätzt, wie hoch die Einnahmen aus einem anspruchsvollen Emissionshandel sein könnten: Werden alle Branchen einbezogen ergeben sich bei 40% Emissionsreduktion für Deutschland etwa 100 Mrd. jährlich an Einnahmen. Dabei ist zunächst nicht entscheidend, auf welcher Ebene der Emissionshandel stattfindet: Europa oder Deutschland. Das meiste findet aktuell auf europäischer Ebene statt. Der größte Teil des Öko-Grundeinkommens (oder des Öko-Bonus) würde dann aus Brüssel kommen. Dies würde das Gefühl eines sozialen Europas und die europäische Bürgerschaft stärken (ich bekomme etwas von meinem europäischen öko-sozialen europäischen Staat), ohne dass direkt dafür eine neue Steuer eingeführt wird. Natürlich wird es indirekt von den Menschen mit dem größten Fußabdruck finanziert. Der Bedarf für Deutschland für ein Grundeinkommen nach dem Prinzip der NES von ca. 200 Mrd. kann durch Einbeziehung weiterer problematischer Umweltverbräuche (zB Flächenverbrauch, Fisch, Rohstoffe erbracht werden).

Ein erster Schritt ist die Einführung eines „Transition Income“, des Rechts auf zB 3 Jahre Grundeinkommen im Leben. Der Finanzierungsbedarf ist weitaus geringer, und BGE kann schon einmal ausprobiert und wertgeschätzt werden.